

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 188 (2022)  
**Heft:** 12  
  
**Rubrik:** Internationale Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.06.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## SERBIEN

## Neutral an allen Fronten

Ende Oktober traf sich der serbische Präsident Aleksandar Vučić mit dem Chef des NATO-Military Committee, Admiral Tob Bauer. Friede und Deeskalation sei der Schlüssel zum Erfolg und gerne würde er weiterhin eine ordentliche Zusammenarbeit mit der NATO anstreben, so Vučić via dessen Instagram-Account. Damit nahm er den Zweck von Bauers Besuch vorweg, denn die NATO sei weiterhin bestrebt, die in den letzten 16 Jahren seit dem serbischen Beitritt zum Partnership-for-Peace-Programm aufgebaute Zusammenarbeit hinsichtlich der Fähigkeitsentwicklung und Interoperabilität der serbischen Streitkräfte mit den alliierten Truppen zu fördern. Die NATO respektiert dabei Serbiens erklärte militärische Neutralität, denn «wir haben viel zu gewinnen und voneinander zu lernen», so der NATO-Admiral. Der Besuch stand auch im Zei-



◀ Freundschaftlich: NATO-Admiral Tob Bauer und Serbiens Präsident Aleksandar Vučić.  
Bild: Instagram

chen der erst kürzlich wieder aufgeflamten Spannungen im Nordkosovo, wo es um die Akzeptanz serbischer Nummernschilder im Land geht. Die dort von den mehrheitlich serbischen Einwohnern verwendeten Autonummern werden von der kosovoalbanischen Regierung um Premierminister Albin Kurti grundsätzlich für illegal befunden. Dieser lenkte aber just nach dem Treffen Bauers mit Vučić ein und erklärte, dass er das Verbot der Nummernschilder nicht per 1. November umsetzen wolle. Während eines Monats sollen Fahrer, die serbische Kennzeichen verwenden, lediglich gerügt werden, danach bis 21. Ja-

nuar gebüsst und ab dann würden Wechselnummern verteilt. Per Ende April werde es aber auch diese nicht mehr geben. So kommt Prishtina einerseits der EU und den USA entgegen, diese baten um einen zehnmonatigen Aufschub. Andererseits dürfte auch Serbien zufrieden sein. Einmal mehr wurde ein Problem, das in den letzten Monaten zunehmend mittels grossangelegten «Roadblocks» auf die Strasse getragen wurde, in gewohnter Manier vertagt.

Ob Vučić Druck aus dem Westen erhielt, werden die Geschehnisse der nächsten Monate zeigen. Sicher ist, dass die Nichtbeteiligung Belgrads an

den Kriegssanktionen gegen Russland Missliebigkeit hervorrief. Experten gehen unterdessen davon aus, dass in Konsequenz von Vučić verlangt wurde, die Wahlen in Bosnien und Herzegowina von anfangs Oktober zu beeinflussen. Das dürften Gerüchte bleiben. Sicher ist jedoch, dass die Anordnung der Neuauszählung der Wahlergebnisse in der Republika Srpska ebendort für grossen Unmut sorgte. So bestätigte denn auch Ende Oktober die bosnische Wahlkommission den Sieg Milorad Dodiks, des nationalistischen Anführers der Teilrepublik. Dodik akzeptierte die ersten Ergebnisse nicht und drohte mit Abspaltung. An seiner Haltung ändert sein Wahlsieg indes nichts, weiterhin bekämpft er den Einheitsstaat mit allen Mitteln. Neu ist, dass er wohl nicht mehr auf Unterstützung aus Belgrad hoffen kann. Niemand der höheren Beamten um den serbischen Präsidenten gratulierte Dodik. Und auch der serbischen Presse war der Wahlsieg unterdessen keine Meldung mehr wert. *pk*

## OSTEUROPA

## Die 101st Airborne Division ist gelandet

Die Screaming Eagles der 101st Airborne Division, die einzige mobile Luftlandedivision der US Army, haben sich vorpositioniert. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Fallschirmjäger wieder nach Europa gebracht. Bis Ende Oktober verlegten sie dazu grosse Teile der Eliteeinheit nach Rumänien. Der Aufmarsch hat im Juni anlässlich regulärer Truppenrotationen begonnen. Internationale Medien berichteten jedoch erst im Herbst breit von diesem für die NATO zentralen Schritt in ihrer Force Posture gegen-

über Russland, als die Truppen mit der gesamten zweiten Brigade verstärkt wurden. Alles nur ein geschickt gespielter Stratcom-Move (Strategic Communications, ein weiter gefasster Begriff als Informationsoperationen)? Generalsekretär Stoltenberg erklärte dazu kurz vor der amerikanischen Verlegung, dass er «zusätzliche Schiffe, Flugzeuge und Truppen an die Ostflanke von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden schicken» wird. Der stellvertretende Operationschef der 101st, Brigadegeneral John Lubas, kommentierte die Geschehnisse so: «Das ist für uns kein Ausbildungseinsatz, sondern ein Kampfeinsatz. Ab dem Zeitpunkt, wo wir dort sind, sind wir in der Lage zu kämpfen.» Alles also nur propagandistisches

Säbelrasseln oder tatsächliche Show of Force?

Unterdessen befinden sich weit über 100 000 US-Kampftrouppen in Osteuropa, weitere 40 000 Soldaten stellt die NATO. Die 101st unterstützt dabei eine neue Kampfgruppe für

die Schwarzmeerregion. Gleichzeitig hat die US Navy im Rahmen der Multidomain-Verteidigungsübung «Neptun Strike 2022» die USS George H.W. Bush als Flaggschiff in die Adria geschickt. Es ging darum, mit 14 Schiffen und über 80 Flugzeu-



Gemeinsames Stabstraining mit rumänischen Streitkräften.  
Bild: 101st Airborne Division 2nd Brigade Combat Team

gen, verstärkt durch 6000 Soldaten, «die Fähigkeit der NATO, hochmoderne Seekriegskapazitäten einer verbündeten Flugzeugträgerkampfgruppe zu integrieren und dadurch die kollektive Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten», so der Befehlshaber der 6. US Navy Flotte und der NATO Naval Striking Force, Vizeadmiral Thomas Ishee. In der gleichen Woche wurde auch während «Steadfast Noon» der Atombombenabwurf durch B-52-Bomber über Europa simuliert.

Die Antwort der Russen liess nicht lange warten. Aus der Barentsee feuerten sie zu Testzwecken eine ballistische Rakete von einem Atom-U-Boot in Richtung Kamtschatka. Laut Verteidigungsminister Shoigu, um «einen massiven Atomschlag zu simulieren». Russische Beobachterinnen waren weniger bescheiden und kommentierten, dass «heute geübt wurde, die USA zu vernichten». Das letzte Mal tat Moskau das am 19. Februar – wenige Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine. *pk*

## POLEN UND BALTIKUM

### Neue Waffen und mehr Truppen

Polen hat unterdessen die Kaufabsicht für eine unbekannte Anzahl MQ-9B-Reaper-Drohnen unterschrieben und deren Beschaffung mit einem Leasingvertrag im Wert von 70 Millionen US-Dollar per sofort beschleunigt. Es ist das erste Land an der NATO-Ostflanke, das nun Kampfdrohnen über seinem

Territorium einsetzt. Litauen hat zur selben Zeit beschlossen, Himars-Raketenartillerie, Switchblade Loitering Munition und Oshkosh-Truppentransporter zu beschaffen. Estland will bis 2024 seine Verteidigungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben und Aussenminister Urmas Reinsalu empfahl sein Land dem neuen britischen Premierminister Rishi Sunak, indem er ihn darum bat, noch mehr britische Truppen im Baltikum zu stationieren, denn «wir Esten lieben die Briten». *pk*

## ÖSTERREICH

### 16 Milliarden Euro mehr

Das Bundesheer soll in den nächsten zehn Jahren insgesamt 16 Milliarden Euro für Ausrüstung erhalten. Generalmajor Günter Hofbauer ordnet ein: Das derzeitige sicherheitspolitische Umfeld hat zu einer militärischen Lageänderung geführt. Es geht um das ganze Gewaltspektrum. Von der einfachen Bedrohung über die aktive Destabilisierung bis zum klassischen konventionellen Krieg sei alles vorstellbar, der Krieg sei «nach Europa zurückgekehrt» –, und zwar in einer Art und Weise, die dazu führt, dass nicht mehr die militärischen

Auslandseinsätze «planungsleitend» sind. Er spricht vom Wiederaufbau des österreichischen Bundesheeres, das mittelfristig wieder Landesverteidigung beherrschen müsse. Dazu wurde der Aufbauplan ÖBH 2032 entwickelt. Es geht um Mobilität zu Lande und Luft, Schutz und Wirkung der Streitkräfte sowie autarke Handlungsfähigkeit im Einsatz. Alles muss modernisiert werden. Die dereinst hochtechnologische Ausrüstung kann aber nur von entsprechend befähigtem Personal bedient werden. Es soll demnach mehr trainiert werden. Zudem will sich das Bundesheer als fairer und zuverlässiger Arbeitgeber auf einem immer härter umkämpften österreichischen Arbeitsmarkt präsentieren. Laut Hofbauer muss Österreich in



Nicht mehr «planungsleitend»: Auslandseinsätze, hier ein österreichischer Soldat im Kosovo. Bild: Bundesheer

der Lage sein, sich selbst verteidigen zu können. Das bedingte allein schon die Neutralität. Kurz nach diesen Aussagen wurde bekannt, dass ehemalige österreichische M109 A5Ö-Panzerhaubitzen nun in der Ukraine eingesetzt werden. Insgesamt

65 Stück wurden im Zuge der Reformen von 2012 bis 2017 für einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag nach Lettland verkauft. Riga gab einige davon an Kiew. Man wittert Neutralitätsbruch! Aber die Geschütze wurden einerseits bereits vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs nach Lettland verkauft. Andererseits gab das Bundesheer die Endverbraucherlizenzen an den Hersteller zurück. Somit sind also die USA über deren Einsatzverbleib verantwortlich. Damit bleibt Österreich nebst Irland und Malta eines der wenigen EU-Länder die unter dem «European Peace Facility» genannten Rahmenwerk keine Waffen in die Ukraine senden, sondern sich maximal auf humanitäre Hilfe fokussiert. *pk*

## VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

### Raketen- und Drohnenabwehr

Spätestens seit in der Ukraine russische Angriffe mit iranischen Kamikazedrohnen erfolgten, ist deren heimtückisches Potenzial bekannt. In Kiew wurde deshalb vom deutschen Hersteller Diehl gelieferte «State

of the art»-IRIS-T-Luftabwehr installiert. Deren Erfolg, gerade auch gegen Drohnen, sprechen für das System. Vor dem gleichen Problem stehen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Abu Dhabi erlebte dieses Jahr schon mehrmals Drohnen- und Raketenangriffe. Diese werden jeweils von jemenitischen Houthis-Rebellen ausgeführt. Die Drohnen stammen in der Regel, wie die von Russland in der Ukraine eingesetzten Mo-

delle, aus dem Iran. Die Elektronik wird unter anderem von chinesischen Internetgrosshändlern geliefert. Erst kürzlich fand man in der Ukraine Antriebsteile, die in Österreich hergestellt worden waren.

Ein Trägheitsnavigationssystem macht sie relativ unanfällig gegen Störsender, es gibt auch keine intelligente Zielerfassung. Angeflogen werden vordefinierte, ausschliesslich stationäre Ziele. Die Drohnen können mit bis

zu 60 Kilogramm Sprengstoff bepackt werden. Deren Kostenpunkt: etwa 20 000 US-Dollar. Für die Scheichs Grund genug, ebenfalls auf modernste Luftabwehr zu setzen. Dazu organisierten sie von Israel eine Batterie Barak-Raketen. Diese Zusammenarbeit geht auf die sogenannten Abraham-Verträge zurück, die noch unter der US-amerikanischen Trump-Administration im Jahre 2020 zwischen den Israelis und mehre-



Neue Normalität: Israel ist Partner der VAE. Bild: El Al

ren arabischen Staaten ausgehandelt worden sind. Für die VAE eine extrem wichtige Unterstützung. Denn derzeit ist die Haltung der Amerikaner unklar. Zwar bekannte sich Präsident Biden zu einer grossräumi-

gen Luftabwehr, aktuell gibt es aber nur gemeinsame regionale Übungen und keinen einsatzfähigen Raketen- und Drohnenabwehrverbund. Einer der wichtigsten Akteure in dieser regionalen Luftabwehr-Koalition ist

nunmehr Israel. Verteidigungsminister Benny Gantz meinte dazu im Sommer, dass man nur zusammen gegen den Iran bestehen werde und dieses neue Bündnis bereits erste Erfolge in der gemeinsamen Luftabwehr gegen iranische Angriffe verzeichnete. Gantz gab sich aber bedeckt und nannte die Namen der Partner nicht explizit. Zu gross waren die Ressentiments der vergangenen Jahrzehnte. Unter dessen soll gar Erzfeind Saudi-Arabien an der israelischen Technik interessiert sein. Unklar ist nur, ob das nun in den VAE eingesetzte israelische System gekauft wurde oder sich

nur zu Testzwecken in der Region befindet. Der Einsatz der Barak-8-Lenk Waffen untermauert dabei den im Sommer beschlossenen Verkauf des Spyder-Luftabwehrsystems aus dem Hause Rafael, das gegen alle tieffliegenden und auch unbemannte Flugsysteme eingesetzt werden kann und die Barak-8 ergänzt. Für die VAE geht es um sehr viel. Bereits anfangs Jahr unterzeichneten sie Verträge mit Südkorea zwecks Beschaffung des KM-Bodenluftabwehrsystems. Es soll ab 2024 operationell werden und die von den Emiraten betriebenen Patriot- und Thaad-Systeme ergänzen. *pk*

## INDOPAZIFIK

### Biden und Xi ringen um Einfluss bei Chinas Nachbarn – B-52 inklusive

Der Wettstreit zwischen den USA und China um politischen und militärischen Einfluss im Asien-Pazifik-Raum spitzt sich zu. Inmitten wachsender Spannungen verstärken beide Staaten ihr Buhlen um Verbündete in Südostasien. US-Präsident Joe Biden kündigte eine Reise nach Kambodscha an, wo er nach Angaben des Weissen Hauses für Kooperationen zur «Gewährleistung von Sicherheit und Wohlstand» werben will. Chinas Präsident Xi Jinping plante kurz darauf einen Besuch in Thailand, wie die Regierung in Bangkok mitteilte. Die Staatschefs der USA und Chinas wollen zudem zeitgleich nach Indonesien reisen. Anlass der Besuchsoffensive sind drei internationale Gipfeltreffen, die in Südostasien stattfinden – mit dem G20-Gipfel auf der Ferieninsel Bali als das am ranghöchsten besetzte Gesprächsforum seit Beginn des Ukraine-Kriegs. Zudem will Washington laut eines Medienberichts

des staatlichen australischen Senders ABC sechs atomwaffenfähige B-52-Bomber im Norden Australiens stationieren. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Tindal, südlich von Darwin gelegen, sollen spezielle Einrichtungen für die grossen Flugzeuge entstehen, die eine Reichweite von rund 14 000 Kilometern haben.

Sollte sich der Bericht, den die ABC auch auf Chinesisch übersetzt hat, als korrekt herausstellen, so positioniert sich Australien nochmals deutlicher als Partner der USA. Dies wäre zudem ein Zeichen, dass das Land bei einem möglichen Konflikt zwischen den USA und China die USA militärisch unterstützen würde. Richard Tanter vom Nautilus Institute, einem Thinktank in Melbourne, sagte der ABC, dass die Stationierung «ein Zeichen für die Chinesen» sei, dass Australien bereit sei, im

Falle eines Konflikts «die Speerspitze» der USA zu sein. Völlig überraschend ist dies nicht: Australien ist wie Neuseeland seit 1951 bereits in einer militärischen Allianz mit den USA. Im sogenannten ANZUS-Abkommen sichern sich die Länder ähnlich wie die NATO-Staaten im Nordatlantikvertrag gegenseitige militärische Unterstützung zu. Ausserdem ist Australien Teil der sogenannten «Five Eyes»-Partnerschaft, in der die Geheimdienste von Australien, Neuseeland, Kanada, Grossbritannien und den USA zusammenarbeiten.

Schon heute befindet sich nicht nur ein von Australien und den USA gemeinsam betriebenes Spionagezentrum namens Pine Gap im Zentrum Australiens, es sind auch mehrere Tausend US-Marines in Darwin stationiert. Bereits im vergangenen

Jahr hatte Australien zudem gemeinsam mit Grossbritannien und den USA das sogenannte AUKUS-Sicherheitsabkommen unterzeichnet. Im Rahmen dieser Partnerschaft soll Australien atomare U-Boote erhalten. Ausserdem wollen die AUKUS-Partner bei der Entwicklung von Hyperschallraketen kooperieren. Laut Becca Wasser vom Center for a New American Security, einem Thinktank in Washington, ist die Stationierung von B-52-Bombern in Norden Australiens eine klare Warnung an China. Nämlich, dass ein chinesischer Angriff auf Taiwan noch deutlich weitere Kreise ziehen könnte.

Die B-52-Bomber sind seit mehr als 60 Jahren das Rückgrat der US Air Force. Die Flugzeuge können Langstreckenangriffe sowohl mit nuklearen als auch mit konventionellen Waffen durchführen. Ihre Stationierung ist laut der ABC aber nur Teil einer nochmals deutlich grösseren Aufrüstung im Norden Australiens: Auch die Geheimdienstbasis Pine Gap, die in einem Konflikt mit Peking vor allem bei der Abwehr von Raketenschlägen eine entscheidende Rolle spielen würde, soll erweitert werden. Wann genau die B-52-Bomber nach Australien kommen, ist noch un-



Ein B-52-Langstreckenbomber der US Air Force. Bild: Oksana Jaroslav/CTK

klar. Expertinnen und Experten gehen zudem davon aus, dass auch noch mal deutlich mehr US-amerikanische Soldaten in Australien stationiert werden könnten. «Der Norden Australiens ist im neuen geopoliti-

schen Umfeld plötzlich strategisch viel wichtiger, wenn nicht sogar entscheidend für die USA geworden», sagte Paul Dibb, ein ehemaliger hochrangiger Beamter des Verteidigungsministeriums in Canberra, der ABC. s



Südkoreanische Kampffjets im Manöver. Bild: Korean Defence Ministry

## KOREANISCHE HALBINSEL

### Südkoreanische Gegenreaktionen

Die Spannungen zwischen Süd- und Nordkorea verschärfen sich angesichts fortgesetzter Raketenstarts des Nordens zusehends. Das international isolierte Regime von Diktator Kim Jong Un feuerte nach Angaben des südkoreanischen Militärs jüngst mehr als zehn Raketen unterschiedlicher Typen an der Ost- und Westküste am gleichen Tag ab. Südkorea antwortete darauf mit dem Abschuss eigener Raketen aus Kampffjets – teils ins offene Meer nördlich der Grenzlinie. Ein Sprecher des südkoreanischen Verteidigungsministeriums begründete die Massnahme damit, dass zuvor auch eine nordkoreanische Kurzstreckenrakete die Seegrenzlinie im Osten überquert habe. Sie soll nur rund 60 Kilometer vor der südkoreanischen Küste im Meer gelandet sein. Damit sei erstmals seit dem Ende des Koreakriegs in den 1950er-Jahren eine nordkoreanische Rakete nahe den Hoheitsgewässern Südkoreas im Meer gelandet. Auf der südkoreanischen Insel Ulleung

vor der Ostküste wurde deswegen zeitweilig Luftalarm ausgelöst.

Der Zeitpunkt der Raketenabschüsse auf beiden Seiten ist heikel. Anfang November lief die grösste Luftwaffenübung der südkoreanischen und US-amerikanischen Streitkräfte seit Jahren. Nordkorea hatte beiden Ländern «rücksichtslose» militärische Provokation vorgeworfen und angedroht, Südkorea und die USA müssten «den schrecklichsten Preis der Geschichte» für die gemeinsame Übung zahlen. Washington wies die Kritik aus Pjöngjang dagegen zurück. Die mehrtägigen Manöver in Südkorea seien lange vorbereitet gewesen und dienten der gemeinsamen Verteidigung, sagte ein Pentagon-Sprecher. Nordkorea hat sein Raketenstartprogramm in den vergangenen Wochen trotz internationaler Verbote und anhaltender Kritik weiter fortgesetzt und in diesem Jahr bereits mehr als 50 Raketen abgefeuert. Bei den meisten Raketen handelt es sich um ballistische Raketen mit unterschiedlichen Reichweiten. Teils waren die Raketen in grosser Höhe auch über das nahe Japan geflogen, bevor sie in den Pazifik einschlugen. sc

## AFGHANISTAN

### Soldaten für Putin

Auf der Suche nach geeignetem Personal für seinen Krieg in der Ukraine geht Russland offenbar verstärkt auf ehemalige Elitesoldaten der afghanischen Streitkräfte zu – mit Erfolg. Das geht aus einem Bericht der Fachzeitschrift «Foreign Policy» hervor. Russland kontaktiere demnach insbesondere die Ex-Soldaten des Afghan National Army Commando Corps, einer Eliteeinheit der afghanischen Armee, die unter Federführung der USA ausgebildet worden war. Die Soldaten der Kommandoeinheit führten einen Grossteil der Operationen zur Aufstandsbekämpfung gegen die Taliban durch. Seit dem Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban existieren die staatlichen afghanischen Streitkräfte nicht mehr.

Die ehemaligen Soldaten sind in einer misslichen Lage: Weil sie früher die Taliban be-

kämpft haben, werden sie nun von den neuen Machthabern verfolgt. Bei der Evakuierung aus Afghanistan flogen die westlichen Alliierten lediglich wenige Hundert hochrangige Militärs ausser Landes, die Einheit bestand jedoch aus 20 000 bis 30 000 Soldaten. Manch einer konnte sich in Nachbarländer retten, doch viele leben nun unter den Taliban im Verborgenen – ohne Arbeit. Nun – angesichts des Kriegs in der Ukraine – schlagen auch ehemalige afghanische Sicherheitskräfte gegenüber «Foreign Policy» Alarm. Russland setze die Söldner der Gruppe Wagner ein, um in Afghanistan vom Westen ausgebildete Soldaten zu rekrutieren.

Das Potenzial betrage laut dem Bericht gut 10 000 Mann, die für die russischen Bemühungen zugänglich seien. In Nachbarländern könnten die Männer zwischen drei und zehn US-Dollar am Tag verdienen. Russland jedoch locke mit deutlich höheren Summen. sc

## MEXIKO

### Militär als Touristik-Unternehmen

Die mexikanischen Streitkräfte wollen künftig eine eigene Fluggesellschaft für touristische Zwecke betreiben. Das bestätigte Präsident Andrés Manuel López Obrador. Zuvor hatte die Zeitung «El Universal» entsprechende Militärunterlagen veröffentlicht, die von einer Hackergruppe erbeutet worden waren. Die Fluglinie werde vermutlich im kommenden Jahr mit zehn gemieteten Maschinen den Betrieb aufnehmen, sagte López Obrador. Auch das luxuriöse Präsidentenflugzeug, das der Staatschef seit seinem

Amtsantritt 2018 vergeblich zu verkaufen versucht, soll von der Fluggesellschaft genutzt werden. Dem Bericht zufolge will das Militär zudem über ein neues Tourismusunternehmen mit dem Namen Itzamná mehrere Hotels, zwei Museen und zwei Ökoparks betreiben, insbesondere in der beliebten Urlaubsregion rund um Cancún und Tulum an der Karibikküste. Unter dem Linksnationalisten López Obrador gewinnen die Streitkräfte immer mehr an Einfluss, beispielsweise bei der inneren Sicherheit und bei Bauprojekten. Ein anderes neu gegründetes Militärunternehmen ist bereits für die Verwaltung von vier Flughäfen und das Bahnprojekt Tren Maya (Maya-Zug) zuständig. sc